

Positionspapier

Wir fordern...

1. einen eigenen Rechtsstatus

- Careleaver brauchen finanzielle Sicherheit – bei Anträgen sind sie von den Angaben zu den leiblichen Eltern freizustellen.
- Careleaver haben diverse Benachteiligungen zu bewältigen – zusätzliche Nachteile wie z.B. die Übernahme von Elternunterhalt sind abzuschaffen.

2. gerechte Bildungschancen

- Investitionen in persönliche Bildung zahlen sich im späteren Leben aus – der schnellstmögliche Abschluss ist nicht immer der Beste, auch Praktika, Freiwilligendienste, Abitur und Studium müssen in Betracht gezogen werden.
- Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge müssen in den Bildungs- und Ausbildungsmarkt integriert werden z.B. durch Sprachkurse und den erleichterten Einstieg in die Berufs- oder Schulausbildung.

3. individuelle und prozesshafte Übergänge

- Ein abruptes Ende der Jugendhilfe führt häufig zu Existenzgefährdungen, die nicht durch andere Systeme aufgefangen werden können – Übergänge sind flexibel und nahtlos zu gestalten.
- Anstatt eines Übergangs in ein anderes Hilfesystem, sollte Jugendhilfe darauf abzielen, junge Menschen in die Selbständigkeit zu entlassen – auch auf finanzieller Ebene.

4. ressourcenorientierte Jugendhilfe

- Die Bewertung der Persönlichkeitsentwicklung in Hilfeplangesprächen sollte den Fokus auf die Ressourcen legen.
- Eine Weitergewährung von Jugendhilfe darf nicht (ausschließlich) an die Defizite des jungen Menschen geknüpft werden.

5. eine Fachaufsicht für Jugendämter

- Jugendhilfe muss verlässlich und unabhängig von regionalen Gegebenheiten gewährt werden – deshalb sollten Jugendämtern eine fachliche Aufsicht zugeordnet werden.
- Jugendhilfe darf kein „Glücksspiel“ sein – überregional bedeutsame Fragestellungen (z.B. Aktenaufbewahrung oder Übernahme einer Wohnungskautions) sind bundesweit einheitlich zu beantworten.

6. mehr Partizipation

- Jede*r hat individuelle Bedürfnisse – diese können nur im Rahmen wirksamer Mitbestimmung im Hilfeprozess berücksichtigt werden.
- Junge Menschen sollen ihre Bedürfnisse durch Zusammenschluss auf Einrichtungs-, Landes- und Bundesebene einbringen können.

7. Kontinuität in der Zuständigkeit

- Beständige Bindungen fördern das Vertrauensverhältnis und damit die Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen – unnötige Wechsel von Jugendamt, Vormund*in, Bezugsbetreuer*in und Pflegefamilie sind zu vermeiden.